

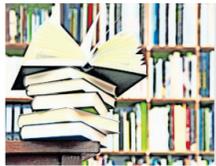
JOURNAL

AM WOCHENENDE

Esslinger Zeitung

Samstag/Sonntag, 6./7. Juli 2019

www.esslinger-zeitung.de



Literatur

Simon Strauß'
römische Erkundungen

Seite 34



Reisen und Freizeit

Auf den Spuren der
Vulkane von Hawaii

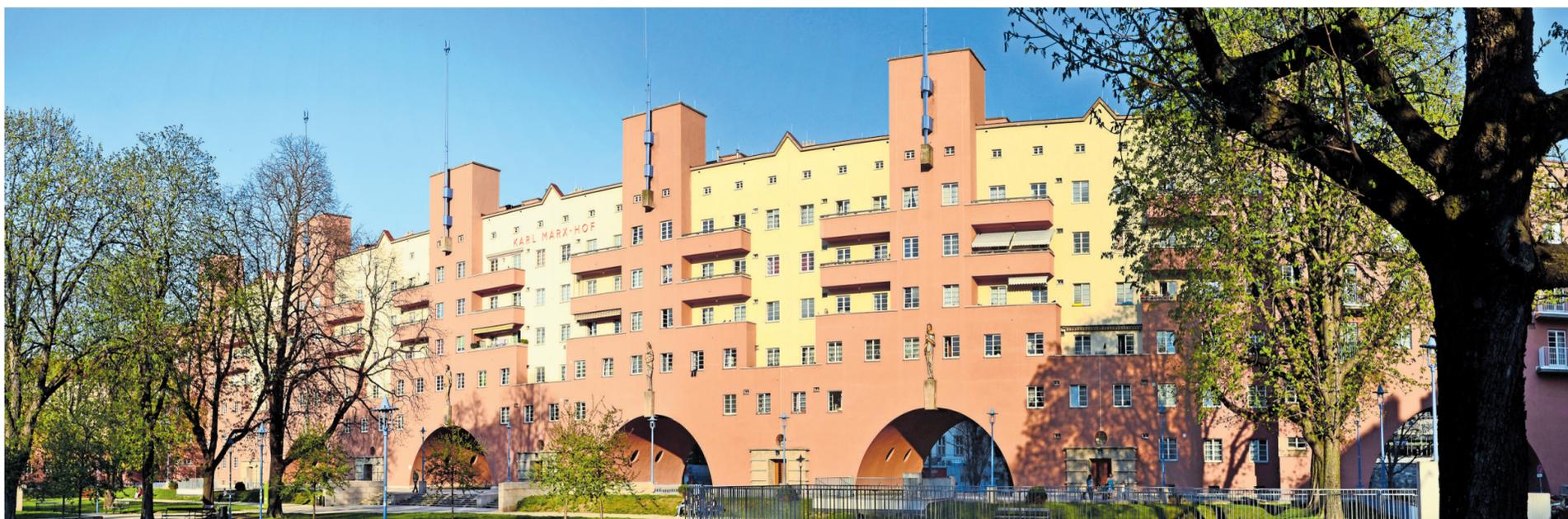
Seite 35



Stellenmarkt

Benimm-Regeln im
Bewerbungsgespräch

Seite 50



Roter Koloss: Der Karl-Marx-Hof im 19. Bezirk gilt mit seinen 1,2 Kilometern Länge als steinernes Symbol des „Roten Wien“.

Foto: photo 5000/Adobe Stock

Das Wohnparadies

Die Ära des „Roten Wien“ prägt die österreichische Hauptstadt bis heute – Leistbares Wohnen gilt als Grundrecht

Von Sabrina Erben

Sie kommen in Scharen. Delegationen aus Deutschland, Schweden, Norwegen oder Finnland. Alle wollen sich etwas von der Stadt abkuppeln, die weltweit zu den Orten mit der höchsten Lebensqualität zählt. Während viele Städte in Europa unter einer gewaltigen Wohnungsnot leiden und die Mieten durch die Decke schießen, lässt es sich in Wien vergleichsweise günstig leben. Der Grund dafür liegt im sozialen Wohnungsbau. Es gibt in Wien etwa 890 000 Wohnungen. Davon sind 45 Prozent Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen, 60 Prozent der 1,9 Millionen Einwohner Wiens leben dort. „Der Gemeindebau ist eine großartige Stütze, er wirkt enorm preisdämpfend und macht die Stadt zu einem internationalen Vorbild“, sagt Yvonne Franz, Stadtgeografin an der Universität Wien. Die Stadt besitzt 220 000 Wohnungen samt Grundstück und verwaltet diese auch selbst. Mit Nettomieten von vier bis fünf Euro pro Quadratmeter. Dazu kommen 200 000 Genossenschaftswohnungen. Sie sind staatlich gefördert und werden von gemeinnützigen Bauvereinigungen errichtet. „Die internationalen Delegationen sind bei ihren Besuchen oft erstaunt, wie historisch gewachsen das Konzept ist“, sagt Franz. Der Blick von außen sei aber oft zu romantisierend. „Viele wollen sich ein Beispiel nehmen. Es ist aber viel Zeit notwendig, um eine Stadt lebenswert werden zu lassen.“

Wien hat immerhin 100 Jahre Vorsprung. Dieses Jahr feiert die Stadt das Jubiläum des Gemeindebaus. Die Ausstellung „Das Rote Wien“ im Wien Museum Musa beschreibt die historische Entwicklung dieser sozialdemokratischen Ära und des „Wiener Modells“ seit 1919. Triebfeder für das gigantische Wohnungsbauprogramm Anfang des 20. Jahrhunderts ist eine schwere Krise. Arbeitslosigkeit, Hunger, Krankheit und Obdachlosigkeit quälten die Bürger der Stadt. Kurz nach dem Ende des Ersten Weltkriegs leidet Wien an einem enormen Wohnraummangel.

Doch dann, 1919, wandeln sich die politischen Rahmenbedingungen. Es erfolgen die ersten freien Wahlen zum Wie-

ner Gemeinderat. Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) erringt im Mai 1919 die absolute Mehrheit. Ein großer, überwältigender Erfolg für die Linke. Kaum an der Macht, plant die Arbeiterpartei ein umfassendes kommunalpolitisches Investitions- und Infrastrukturprojekt. Der sozialdemokratische Reformeifer stößt aber nicht überall auf Gegenliebe. Nach der Konstituierung von Wien als Bundesland – das christlich-sozial geprägte Niederösterreich wird separiert – kann die Kommune jedoch eine eigenständige Steuerpolitik umsetzen. Wien wird zu einer roten Insel. Neben sogenannten Luxussteuern wird eine zweckgebundene Wohnbausteuer eingeführt. Es folgen Reformen in den Bereichen Kultur, Gesund-

heit und Pädagogik. Zudem nimmt das gigantische Wohnbauprogramm seinen Lauf. Wohnen wird als öffentliche Aufgabe und als Grundrecht verstanden. Historisch günstige Umstände machen das Reformprojekt möglich. So spielt Wien die damalige Hyperinflation in die Karten. Die Schulden schmelzen, der 1917 eingeführte Mieterschutz beendet Spekulationen um Wohnungen. Die Grundstückspreise fallen und die Stadt kann günstige, große Flächen kaufen. Es werden Tausende subventionierte Wohnungen errichtet. Ein sozialdemokratisches Großexperiment, „das eine tiefgreifende Verbesserung der Lebensbedingungen der Arbeiter und eine Demokratisierung aller Lebensbereiche anstrebt“, schreibt das Wien Museum Musa in der Ausstellung. Die Wohnungen werden nicht an der Peripherie errichtet, sondern in die Stadt integriert. In fast jedem Bezirk ist ein Gemeindebau geplant. Auch für die Freizeitgestaltung wird gesorgt. Öffentliche Badeanstalten wie das Kinderfreibad am Margaretengürtel entstehen und sind unentgeltlich. Auch Badesachen und Handtücher gibt es kostenlos.

Bis 1934 entstehen so 66 000 Gemeindewohnungen, darunter der George-Washington-Hof im 10. und 12. Bezirk, der Metzleinstaler Hof und auch der wohl berühmteste kommunale Bau der Stadt, der Karl-Marx-Hof im 19. Bezirk Wien-Döbling. Er gilt als steinernes Symbol des „Roten Wien“. Massive Mauern, bogenförmige Durchfahrten, Fahrentürme und große Tore: Mit seinen 1,2 Kilometern ist der Karl-Marx-Hof der längste zusammenhängende Wohnbau der Welt. Auf 156 000 Quadratmeter verteilen sich 1300 Wohnungen. „Über das Wohnen im Gemeindebau wurden auch die soziale Infrastruktur und die Lebensqualität verbessert“, sagt die Wiener Stadtgeografin Franz. Es gibt Waschküchen, Gemeinschaftsräume, fließendes Wasser, Toiletten in den Wohnungen, direktes Licht in allen Räumen, Kindergärten und viel Grünflächen im Außenbereich in den Innenhöfen. „Das ist in einer autodominierten Stadt noch wertvoller, auch wenn man sich 1920 über diesen Aspekt wohl noch keine Gedanken machte“, sagt Franz. Die Finanzierung des kommunalen Wohnbaus macht 1920 den höchsten Anteil der städtischen Ausgaben aus. Die Wohnungen werden anhand eines Punktesystems nach Bedürftigkeitsklassen vergeben.

Heute kann sich jeder Bürger bewerben, der mindestens zwei Jahre in Wien wohnt. Die Einkommensgrenze liegt bei 40 000 Euro pro Person. Wer später mehr verdient, darf bleiben. „Das sind hohe Grenzbeträge“, sagt Franz. Aber genau das gehöre zum „Wiener Modell“. Man möchte gemischte Mieter, die Wohnungen sind auch eine Option für die gehobene Mittelschicht. Die Frau Magister soll neben

dem Briefträger wohnen, die Kassiererin neben dem Rechtsanwalt. Die Wiener Frauen- und Wohnbaustadträtin Kathrin Gaál (SPÖ) betont die Wichtigkeit der sozialen Durchmischung: „Es gibt in Wien weder soziale Brennpunkte noch Ghettos. Das ist nur möglich, wenn man der Mittelschicht den Zugang zum sozialen Wohnbau ermöglicht. Das Besondere an Wien ist, dass man an der Adresse eines Menschen nicht erkennt, wie viel er oder sie verdient.“ Rund 600 Millionen Euro werden jährlich in Wien in den Bau neuer Stadtteile und in die Aufwertung historischer Stadtviertel investiert. Das sind etwa fünf Prozent des Gesamtbudgets.

Wien, das Wohnparadies? Zumindest für einen Teil der Bevölkerung. Nicht immer erreiche man aber „soziale Treffsicherheit“, betont Stadtgeografin Franz. Das führt zu einer Zweiklassengesellschaft: Bürger mit relativ hohen Einkommen zahlen in Gemeindeförderung eine niedrige Miete, während sozial schwächere Zuwanderer in den privaten, teuren Wohnungsmarkt gedrängt werden. Die Berechtigung zum Bezug einer Gemeindeförderung wird nur bei der Beantragung überprüft, die Wohnungen können auch an Familienangehörige „vererbt“ werden. „Die mangelnden Bedarfsüberprüfungen bei bestehenden Mietverhältnissen führen dazu, dass dieses Instrument nur bedingt zielgruppengerecht wirkt“, so Wolfgang Schwarzbauer vom Institut für Wirtschaftsforschung Eco Austria. Durch den kleinen Anteil an privaten Wohnungen und die stetige Zuwanderung ist der Preisdruck hoch. „Wien wächst jedes Jahr um etwa 15 000 bis 20 000 Einwohner“, sagt Franz. „Das Umfeld ist angespannt, die Engpässe spitzen sich zu.“ Zudem gebe es auch in Wien Armutinseln. „Das darf man nicht schönreden. Im Vergleich zu anderen großen Städten wie Amsterdam oder Stockholm ist Wien aber sehr viel durchmischer.“

Ist das „Wiener Modell“ dann auch für Städte wie Stuttgart, München oder Berlin geeignet? Günstige Rahmenbedingungen wie Anfang des 20. Jahrhunderts in Wien existieren freilich heute nicht mehr. Wissenschaftlerin Franz betont, dass es für andere Städte, ohne gewachsene Strukturen,

wichtig sei, Prioritäten zu klären: „Es ist in erster Linie eine politische und gesellschaftliche Frage. Was versteht man unter Gemeinwohl? Und ist leistbares Wohnen ein Teil davon?“ Bis heute hat Wien keine einzige der Wohnungen veräußert. Durch diesen Bestand reguliert die Stadt die Mietpreise. Ganz anders als in Deutschland: Um Schulden zu reduzieren wurde über lange Zeit öffentlicher Wohnraum verkauft. Der soziale Wohnungsbau verharret deshalb auf niedrigem Niveau.

Auch Wien steht vor großen Aufgaben. „Die Stadt ist gewachsen, Bauflächen sind rar. Da unterscheidet sich Wien heute nicht mehr von Berlin, München oder Stuttgart“, sagt Franz. Auch Stadträtin Gaál betont: „Die größte Herausforderung ist es, auch weiterhin genügend leistbare Wohnungen für die Bevölkerung zu schaffen.“ Bis 2020 will man mit dem Bau von 4000 Gemeindeförderung beginnen. Ein weiterer Schritt ist auch die Erweiterung der Stadt in Kerngebieten. Zum Beispiel im neuen Stadtteil Seestadt Aspern. Bis 2028 entstehen dort fast 11 000 Wohnungen für 20 000 Menschen. Vierzig Prozent sind gefördert. „Die Stadt muss sich fragen, wie der ‚Schatz Gemeindeförderung‘ auch in Zukunft aufrechterhalten werden kann“, sagt Franz.

Dieser „Schatz“ ist das Erbe der Ära des „Roten Wien“ von 1919 bis 1934. 15 Jahre nach seinen Anfängen fand das Projekt durch den Faschismus ein abruptes Ende, der Karl-Marx-Hof wird 1934 Schauplatz der Februaraufstände. Karl Seitz, der damalige sozialdemokratische Bürgermeister, wird inhaftiert, die SDAP verboten. Der Wohnungsbau kommt im Zweiten Weltkrieg zum Erliegen. Später knüpft die Stadt daran an. Und auch in der größten Phase des Neoliberalismus hält Wien an den Gemeindebauten fest. Bürgermeister Karl Seitz sollte also Recht behalten. Am 12. Oktober 1930, dem Eröffnungstag des Karl-Marx-Hofs, sagt er in seiner Rede: „Wenn wir einst nicht mehr sind, werden diese Steine für uns sprechen.“

Die Ausstellung „Das Rote Wien“ im Wien Museum Musa ist bis 19. Januar zu sehen. Sie wird mit mehr als einem Dutzend Orten in der Stadt erweitert.

Eine Krise war Triebfeder für das Bauprogramm. Hunger, Krankheit und Obdachlosigkeit quälten die Bürger.

Die Frau Magister soll neben dem Briefträger wohnen und die Kassiererin neben dem Rechtsanwalt.

60.000 sind's bisher, 80.000 sollen es werden!



Ein Wahlplakat der SDAP von 1932.

Foto: Siegfried Weyr/VGA